

Landauer, Carl

Article — Digitized Version

## Gesellschaftskrise in den USA

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Landauer, Carl (1968) : Gesellschaftskrise in den USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 10, pp. 533-535

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133890>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Gesellschaftskrise in den USA

Die Vereinigten Staaten haben ganz gewiß kein Monopol auf innere Spannungen; mit der ganzen westlichen Welt teilen sie die Revolte junger Intellektueller gegen die Sättigtheit der bürokratisierten Wohlstandsgesellschaft, mit allen Problemen dieser ziellosen und deshalb im wesentlichen unfruchtbaren Revolte. Aber in den USA treten zwei Umstände hinzu, die anderswo fehlen: die Rassenfrage und der Vietnam-Krieg.

Warum ist die Rassenfrage in den Vereinigten Staaten so brennend geworden? Gewiß hat dabei das gesteigerte, wenn auch noch sehr unsichere Selbstgefühl der farbigen Bevölkerung mitgespielt, zu dem die wachsende zeitliche Entfernung von der Sklaverei, die Zersetzung des südlichen Kastenwesens durch die Industrialisierung, der Militärdienst mit überdurchschnittlicher Beteiligung und zum Teil hervorragenden Leistungen der Neger beitrugen. Aber wahrscheinlich wichtiger als alles andere ist die Verlagerung des Schwerpunkts dieser Frage vom Süden in den Norden.

Ursächlich dafür ist die Wanderung von Negermassen aus dem landwirtschaftlichen Süden in die Großstädte des Nordens, anfangs vor allem motiviert durch den Wunsch, der Rechtsungleichheit im Süden zu entgehen, später verstärkt durch den wachsenden Mangel an Arbeitsplätzen in der südlichen Landwirtschaft. Mit dem Einströmen von Negern in den Norden hat sich der Charakter der Probleme geändert: „Im Süden“, schreibt der Soziologe Nathan Glaser in der Zeitschrift „Commentary“, „ging es um bürgerliche Gleichberechtigung und um das Stimmrecht; im Norden, wo diese Ziele längst erreicht waren, ging es um Beschäftigung, bessere Einstufung der Negerarbeit, Einkommensfragen, Schulwesen und Wohnungswesen. Dies sind überaus komplizierte Angelegenheiten, die sich nicht allein durch Gesetze regeln lassen. Man kann nicht dekretieren, daß Neger und Weiße — ohne Rücksicht auf ihre Leistungen oder ihre Ausbildung — das gleiche Einkommen haben sollen oder daß sie die gleiche Ausbildung haben sollen ohne Rücksicht auf ihre Erziehung in der Familie oder daß sie die gleiche Erziehung in der Familie haben sollen ohne Rücksicht auf Geschichte, Kultur und Erfahrung.“ Trotz aller Komplikationen sind in den letzten Jahren große Fortschritte auf diesen Gebieten erzielt worden. In Geschäften, Büros, an Postschaltern, bei der Polizei, in der Krankenpflege sieht man heute viel mehr schwarze Gesichter. Und viele Unternehmungen sind auf der Suche nach „acceptable negroes“, Negern mit der entsprechenden Haltung und Vorbildung für leitende Posten.

Aber die Erschließung neuer Aufstiegsmöglichkeiten hält nicht Schritt mit der Ungeduld. Durch die Reformen ist, so wichtig sie sind, gewissermaßen nur der Rahm abgeschöpft worden: Die begabten Neger, die aus geordneten Familienverhältnissen kamen und einigermaßen gute Schulen besucht haben, sind auf der sozialen Stufenleiter eine Reihe von Sprossen höher gerückt. Den Armen ist damit wenig geholfen. Ihre Lage hat sich durch die Reformen zum Teil sogar verschlechtert: Der schwarze Arzt, der früher gezwungenermaßen im schwarzen Ghetto tätig war, wo er dringend gebraucht wurde, hat heute Aussicht oder mindestens Hoffnung auf eine gemischte Praxis und wird sich deshalb oft nicht im Ghetto niederlassen. Der schwarze Professor, der früher trotz guter wissenschaftlicher Leistungen meist nur an Neger-Colleges lehren konnte, kann heute oft einen Platz an den großen Universitäten des Nordens finden, an denen die unzureichend gebildeten Neger-Studenten — und das ist die Mehrzahl — nicht studieren können.

Der schwarze Mittelstand, der aus Ärzten, Lehrern, Anwälten, Geschäftsleuten, höheren Angestellten, mittleren Beamten und gelernten Arbeitern besteht, ist keineswegs eine kleine Schicht. Im Jahr 1966 hatten 28 % aller schwarzen Familien ein Jahreseinkommen von über 7000 Dollar (freilich gegenüber 55 % aller weißen Familien). Aber für den Zeitraum seit 1960, in dem das amerikanische Volkseinkommen pro Kopf stark gewachsen ist und in dem die reiche Oberschicht der Neger zahlenmäßig zunahm und die schwarze Unterschicht sich zahlenmäßig verringerte, läßt sich nach den Feststellungen der „Kerner-Kommission zur Untersuchung bürgerlicher Unruhen“ für 20 % der Negerfamilien überhaupt kein wirtschaftlicher Fortschritt erkennen. In diesem Phänomen des Bodensatzes liegt das soziale Kernproblem.

Das politische Kernproblem ist der Neger-Separatismus. Aus der Verzweiflung der schwarzen Slumbewohner heraus sind nicht nur viele lokale Revolten entstanden, sondern es hat sich auch eine Haltung herausgebildet, die von Zusammenarbeit mit den Weißen nichts mehr wissen will und Neger-Selbstverwaltung erzwingen möchte. Der schwarze Mittelstand bringt es aus dem Schuldgefühl der Bessergestellten heraus meist nicht über sich, dieser zu mindestens 90 % unerfüllbaren Forderung zu widersprechen. In Einzelfällen stellt gerade dieser Mittelstand den Militanten die Führer, wie etwa Stokely Carmichael, den Führer der Black Panthers, der aus einer wohlhabenden und gebildeten schwarzen Familie stammt.

Zwischen dem militanten Separatismus unter den Schwarzen und den beiden anderen großen Sorgen Amerikas — der Intellektuellen-Revolte und dem Vietnam-Krieg — bestehen direkte und viel wichtigere indirekte Zusammenhänge. Es ist der Wunschtraum der revolutionär gesinnten weißen Intellektuellen, die schwarzen Ghettos gegen die bestehende Gesellschaft zu mobilisieren. Das wäre eine Strategie nach den Konzepten Maos oder Marcuses. Allerdings findet dieser Gedanke bei den Schwarzen wenig Gegenliebe, da er ja dem schwarzen Separatismus widerspricht. Auch eine gewisse Rivalität um die Führerstellen spielt wahrscheinlich eine Rolle. Das mag sich vielleicht ändern, wenn auch die Militanten schließlich einsehen müssen, daß sich die schwarzen 15 % der amerikanischen Gesamtbevölkerung weder am eigenen Schopf wirtschaftlich nach oben ziehen noch allein eine eigene Wirtschaft und Verwaltung aufbauen können. Ein unter diesen Umständen mögliches Zusammenfließen des weißen und schwarzen Extremismus würde zwar keine Revolution, wohl aber eine überaus opferreiche Serie von Unruhen hervorrufen.

In negativer Hinsicht wirken die radikalen Bewegungen schon heute zusammen: Sie stärken beide die Gegenbewegung im weißen, mittelständischen Amerika. Wie weit diese Stärkung geht, werden die Wahlen zeigen. Aber schon jetzt ist klar, daß die Unruhen in Watts-Los Angeles, Detroit, Cleveland, Harlem-New York und in anderen Städten zusammen mit den studentischen „sit-ins“ und den nicht immer friedlichen Anti-Kriegs-Demonstrationen zu einem Ruf nach „Gesetz und Ordnung“ geführt haben, den kein Wahlkandidat überhören kann.

Der Forderung nach der Herrschaft von Gesetz und Ordnung wird wohl niemand widersprechen. Aber hier geht es erstens darum, wie weit es geboten ist, den Unruhen durch soziale Hilfsmaßnahmen vorzubeugen, statt sich auf Repression zu verlassen, und zweitens, ob man gegen Unruhen immer sofort mit den schärfsten Mitteln einschreiten soll, statt Spielraum für gütliches Zureden und Verhandlungen zu lassen. Der Trend in der öffentlichen Meinung geht ohne Frage zu den scharfen Maßnahmen.

So läuft das Ganze auf ein Wettrennen mit der Zeit hinaus: Werden sich die Früchte der heute eingeleiteten, aber noch in ihren Anfängen steckenden Reformen, die zum ersten Mal auch der Unterschicht der Neger zugute kommen könnten, bald genug zeigen?

Die Reformen haben zum großen Teil die Anhebung des Lebensstandards der schwarzen Unterschicht zum Ziel. Sie umfassen daher Maßnahmen zur Sonder-schulung der angeblichen „unemployables“, spezielle Vorbereitung der aus kulturell rückständigen Familien stammenden Kinder und Jugendlichen zur Verbesserung ihrer künftigen Erwerbsfähigkeit sowie umfangreiche Rehabilitations-

maßnahmen durch bessere ärztliche Versorgung der Ghettos. Darüber hinaus ist aber auch eine Hebung des Selbstgefühls der Neger notwendig. Das Abgleiten der Negerbewegung in Gewalttätigkeit ist vorwiegend aus dem Mangel an Respekt vor sich selbst entstanden, zu dem das durch Jahrhunderte gezüchtete Inferioritätsgefühl geführt hat.

Das Schlagwort von „Black Power“ hat neben vielem Sinnlosen auch einen guten Kern. Die Neger sollen in Zukunft nicht nur Objekte von Hilfsmaßnahmen sein, die von anderen geplant und durchgeführt werden. Sie sollen auch über die Reformen mitbestimmen und — soweit ihr Mangel an Erfahrung kein zu großes Hindernis ist — sogar allein bestimmen, was geschehen soll. So hat man den Armen in den Lokalausschüssen zur Bekämpfung der Armut eine starke Vertretung eingeräumt, obwohl das vielfach zu einem Machtkampf mit den Sozialbehörden der regulären Verwaltung führte. Vor allem in New York geht man daran, das Schulwesen so zu ändern, daß die Auswahl der Lehrer und die Bestimmung des Lehrplans in den Negervierteln bei der schwarzen Bevölkerung liegt. Viel schwieriger aber — und für weitreichende Konzessionen kaum geeignet — sind die Pläne, die eine entsprechende dezentrale Organisation der Polizei verlangen.

Einen großen Einfluß auf den Ausgang des Wettrennens wird die Beendigung des Vietnam-Krieges haben — vor allem natürlich aus finanziellen Gründen. Zwar wäre es bei dem heutigen Brutto-Sozialprodukt von 830 Mrd. Dollar, bei dem die Kriegskosten noch nicht einmal 4 % ausmachen, objektiv durchaus möglich, zugleich den Krieg und eine energische Reformpolitik zu finanzieren. Politisch aber ist es — wie der lange Streit um den zehnpromzentigen Einkommensteuerzuschlag gezeigt hat — unmöglich, eine Bewilligung der Gelder durchzusetzen, die für die Sozialmaßnahmen nötig wären, solange die Beendigung des Krieges diese Mittel nicht freigemacht hat.

Der Krieg ist zwar inzwischen höchst unpopulär geworden; das heißt aber nicht, daß ein Friedensschluß mit seinen notwendigerweise enttäuschenden Ergebnissen populär sein wird. Im konservativen Teil des weißen Mittelstandes fließen der Unwille über die Negerunruhen, der Abscheu vor randalierenden Studenten und die Enttäuschung über den Mißerfolg in Vietnam gefühlsmäßig zusammen. Gewiß werden auch konservative weiße Eltern aufatmen, wenn sie wissen, daß ihre Söhne nicht nach Vietnam geschickt werden. Aber das hindert sie nicht — wie die Propaganda von Wallace und Reagan mit ihren nicht unerheblichen Erfolgen zeigt —, ihre Entrüstung über verräterische Friedenspropaganda und Unterminierung des Selbstbehauptungswillens der Nation durch weiße und schwarze Rebellen zu demonstrieren. Auch die Sowjetinvasion in der Tschechoslowakei, die voraussichtlich einen simplistischen Antikommunismus fördern wird, dürfte in der gleichen Richtung wirken.

Dennoch gibt es auch wichtige Momente, die eine Überwindung der Krise erleichtern können. Dazu gehören die tausendfachen menschlich guten Beziehungen zwischen Weißen und Schwarzen, der hier und dort auftauchende Wille des schwarzen Mittelstandes, sich von der Suggestion einer Solidarität mit schwarzen Predigern und Praktikern der Gewalt zu befreien und die Negerbewegung vom Separatismus zur Integration zurückzuführen, das vielfach beobachtete Ausbrennen der Intellektuellen-Revolve gerade dort, wo sie zuerst ausgebrochen ist, die traditionelle Tendenz des amerikanischen Mittelstandes, nach kurzem Aufflackern von Hysterie immer wieder zu mittleren Lösungen zurückzufinden, und schließlich ein Wachsen der Einsicht, daß die Weltmachtstellung der Vereinigten Staaten auch durch einen enttäuschenden Frieden in Vietnam nicht wirklich gefährdet wäre. Selbst die Entrüstung über die „Verräter“ findet zum Teil ein Gegengewicht in dem Stolz darauf, daß die Vereinigten Staaten mitten in einem verlustreichen Krieg ein unerhörtes Maß von Freiheit der Diskussion aufrecht erhalten haben. Die Vereinigten Staaten gehen gegenwärtig durch eine Gesellschaftskrise, wie Amerika sie seit dem Bürgerkrieg — also in den letzten hundert Jahren — in dieser Schwere nicht erlebt hat. So vielfach verschlungen die Wurzeln dieser Krise auch sind, der Schlüssel zu ihrer Lösung, den jeder künftige Präsident ergreifen müssen, ist die baldige Beendigung des Krieges.

*Carly Landauer*